

BETREUTES WOHNEN FÜR SENIOREN: DER STAAT LÄSST AUF SICH WARTEN!



(Fortsetzung von der ersten Seite)

Zwar wird anerkannt, wie wichtig es ist, bei Wohnfragen im Hinblick auf das Wohnen im eigenen Zuhause tätig zu werden, doch will man keinen spezifischen kantonalen Rahmen für Wohnungen mit sozialer Betreuung oder betreutes Wohnen festlegen, da dessen Umsetzung gemäss dem Subsidiaritätsprinzip und dem Plan «Senior+» den Gemeinden und lokalen Initiativen überlassen bleibt. Die Folge ist, dass diese für die öffentliche Hand vorteilhafte Lösung oft nur von schwachen Initiativen getragen wird. Zu dieser Feststellung kommen Pro Senectute Freiburg und die Vereinigung Freiburger Alterseinrichtungen und Spitex (AFISA-VFAS) in einem Bericht, der an einer Pressekonferenz am 31. März 2026 im Foyer Gruérien in Bulle vorgestellt wurde. Dieser Bericht analysiert die verschiedenen kantonalen Modelle zur Unterstützung solcher Einrichtungen, die zu erschwinglichen Mieten architektonisch angepasste Wohnungen mit Gemeinschaftsräumen anbieten, soziale Begleitung gewährleisten und dem ordentlichen Mietrecht unterliegen. Er zitiert beispielsweise eine Waadt-länder Studie, die von einem um 21 Monate verzögerten Einzug in ein

Pflegeheim für die Mieter solcher Einrichtungen im Kanton Waadt spricht, wie Emmanuel Michielan, Direktor von Pro Senectute Freiburg, feststellt: «Ältere Menschen möchten, wenn sie dazu in der Lage sind, zu Hause alt werden, denn der Einzug in ein Pflegeheim ist zunächst einmal ein Trauerprozess!»

Zudem ist der Bau eines Pflegeheims nicht nur mit einer Bauzeit von etwa zehn Jahren verbunden, sondern auch sehr kostspielig. Der Bau eines Pflegeheimplatzes, betont der Direktor von Pro Senectute, bedeutet eine Investition von 350 000 Franken zu Lasten der öffentlichen Hand sowie jährliche Betriebskosten von 75 000 Franken pro Bewohner für die öffentliche Hand (das entspricht den durchschnittlichen Betriebskosten für einen Pflegeheimplatz). Die Investitionen für den Bau von barrierefreien Wohnungen mit Betreuungsangebot werden von Gemeinden, Stiftungen, Vereinen, Bauträgern usw. getätigt. Anschliessend gehen die Kosten zu Lasten der öffentlichen Hand (Ergänzungsleistungen, d. h. Beteiligung an der Miete und an den Krankheitskosten sowie Beteiligung an den Kosten für die häusliche Pflege, die nicht durch das KVG abgedeckt sind), und

zwar in Höhe von 15 000 Franken pro Jahr. Zu Lasten der Personen (sofern keine EL gewährt werden) fallen die Kosten an für Reinigung, Verpflegung, die Finanzierung der Sozialbeihilfe, die Krankenkasse sowie die Franchise und den Selbstbehalt, d. h. 42 000 Franken pro Jahr.

Beispiel im Kanton Waadt: die LADA

Um nur ein Beispiel zu nennen: Im Kanton Waadt stellen die «Logements adaptés avec accompagnement» (LADA) ein vom Staat anerkanntes und vertraglich geregeltes Angebot dar. Die LADA sind eigenständige Wohnungen, in denen die Mieter von organisierten sozialen Begleitleistungen (Unterstützung, Sicherheit, Freizeitgestaltung) profitieren, um ein sicheres Lebensumfeld zu gewährleisten und den Verbleib in den eigenen vier Wänden zu fördern. Die LADA-Wohnungen werden im Rahmen einer Vereinbarung mit der Generaldirektion für sozialen Zusammenhalt (DGCS) des Kantons eingerichtet, was es den Mietern insbesondere ermöglicht, individuelle finanzielle Hilfen für die Betreuungsleistungen und gegebenenfalls zur Senkung der Miete in Anspruch zu nehmen.

Das LADA-Label umfasst technische (bauliche Barrierefreiheit) und soziale Kriterien (Gemeinschaftsräume, Aktivitäten, Betreuung) sowie einen Mietvertrag, der mit einem Dienstleistungsvertrag verbunden ist. Laut einer Studie der Hochschule für Gesundheit La Source (2021) – die von der Generaldirektion für sozialen Zusammenhalt (DGCS) in Auftrag gegeben wurde, um die Stärken und Schwächen des betreuten Wohnens im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Modells zu bewerten – beugen die LADA-Einrichtungen dem funktionellen

Abbau vor und verlängern das Leben zu Hause, indem sie die Lebensqualität der Mieter deutlich verbessern. Dieses Modell ermöglicht es somit, den Einzug in eine medizinisch-soziale Einrichtung um fast zwei Jahre hinaus zu zögern.

Andere Kantone verfügen über ähnliche Modelle, wie beispielsweise in Genf die «Immeubles avec encadrement pour personnes âgées» (IEPA) oder in Neuenburg die «Appartements avec encadrement» (AE).

Bestandsaufnahme und Perspektiven

In Zusammenarbeit mit rund zwanzig bestehenden Einrichtungen für Seniorenwohnungen haben die VFAS und Pro Senectute Freiburg eine rund hundertseitige Bestandsaufnahme zu den betreuten Wohnungen im Kanton veröffentlicht. Dieser Bericht beleuchtet erstmals die Rolle dieser Einrichtungen als Zwischenlösung zwischen gewöhnlichem Wohnen und dem Pflegeheim vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung und des mehrheitlichen Wunsches älterer Menschen, zu Hause zu bleiben.

Die zwischen September 2025 und März 2026 durchgeführte Studie – eine Premiere in Freiburg! – basiert auf der Analyse der Funktionsweise von Einrichtungen, die diese Art von Wohnraum anbieten, und kombiniert objektive Daten, Ergebnisse aus qualitativen Interviews sowie Handlungsansätze, die aus einem World Café hervorgegangen sind, an dem mehr als 30 Partner teilnahmen, die sich mit Fragen des Alterns befassen.

652 betreute Wohnungen in fünf Bezirken erfasst

Insgesamt wurden 652 betreute Wohnungen in fünf Bezirken erfasst. Die meisten Einrichtungen weisen eine Auslastung von 100 % auf und verfügen über eine Warteliste. Das Angebot ist jedoch weiterhin ungleichmässig über das Kantonsgebiet verteilt. Die Studie zeigt zudem eine grosse Vielfalt in der Organisation der Einrichtungen auf. Das Leistungsangebot variiert von

Ort zu Ort, sei es bei den Mahlzeiten, den Notrufsystemen, der Reinigung der Wohnungen oder der Wäsche.

Die Trägerschaft der Einrichtungen ist sehr vielfältig, auch wenn drei Viertel der Wohnungen Stiftungen, Vereinen, Genossenschaften oder Gemeinden gehören. Im Durchschnitt erhält ein Drittel der Mieterinnen und Mieter Ergänzungsleistungen, der gleiche Anteil erhält täglich häusliche Pflege, wobei die Unterschiede zwischen den Einrichtungen jedoch sehr gross sind.

Eine grosse Zahl psychosozialer Fälle

Einige beherbergen eine bedeutende Anzahl von Menschen mit psychosozialen Problemen und Bewohnerinnen und Bewohner, die unter Vormundschaft stehen, und ersetzen damit faktisch die ehemaligen «einfachen Heime», die man früher im Kanton kannte. Über die reinen «hotellerie-ähnlichen» Leistungen hinaus bieten viele der untersuchten Einrichtungen den Mietern einen sozialen Bezugspunkt. Die fast tägliche Betreuung erweist sich als strukturierendes Element dieser Wohnform und gewährleistet zudem Sicherheit für die Bewohner sowie punktuelle Unterstützung bei bestimmten alltäglichen Aufgaben.

Angeichts eines bis 2030 prognostizierten Anstiegs des Bedarfs an Hilfe und Pflege zu Hause um 40 % und der Tatsache, dass die Gemeinden massiv in die Schaffung neuer Pflegeheimplätze investieren müssten, kann der Entwicklung von betreuten Wohnan-



lagen im gesamten Kantonsgebiet ein konkreter Weg sein, um der Isolation entgegenzuwirken, die Gesundheit und die soziale Teilhabe zu fördern sowie dazu beizutragen, dass Menschen so lange wie möglich in einem fürsorglichen Umfeld zu Hause leben können. «Nun sind die für die Alterspolitik zuständigen Behörden (Kanton und Gemeinden) am Zug, um die Entwicklung dieser Alternative zu fördern! «Sie sind aufgefordert, die Begleitung und Koordination im Rahmen der bevorstehenden Reform der Ergänzungsleistungen (EL) und der Fortsetzung des Programms «Senior+» zu unterstützen, betonen die VFAS und Pro Senectute Freiburg gemeinsam. Beide Organisationen fordern die Behörden auf, sie in ihre medizinisch-soziale Planung einzubeziehen. **Jacques Berset**

Siehe: www.afisa-vfas.ch/fr/actualites/lassociation-des-ems-et-pro-senectute-interpellent-letat www.fr.prosenectute.ch/fr/conseil/maintien-a-domicile/logement.html

Im Jahr 2055 dürfte sich der Anteil der über 80-Jährigen mehr als verdoppeln

Bis zum Jahr 2055 dürfte sich der Anteil der über 80-Jährigen im Kanton Freiburg im Vergleich zu 2024 mehr als verdoppeln, und zwar von 4,5 % auf 9,4 %, was etwa 38 000 Personen entspricht – ein Anstieg um mehr als 20 000 gegenüber 2024 (15 500), gemäss den vom Amt für Statistik und Daten erstellten Bevölkerungsprognosen des Kantons Freiburg. Unter dieser Bevölkerungsgruppe dürfte die Zahl der Hundertjährigen 400 überschreiten, während sie derzeit nur bei etwa 50 liegt, stellt der Kanton Freiburg in seinem «mittleren» Bevölkerungsszenario fest. **Jacques Berset**